

# Auszug aus der Niederschrift

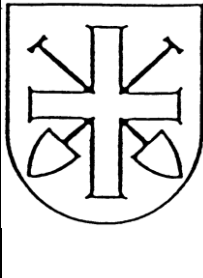
## über die öffentlichen Verhandlungen des Gemeinderates

am Montag, 23. April 2018

### Tagesordnung

1. Blutspender-Ehrung
2. Fragestunde
3. Vorstellung der Unfall- und Kriminalstatistik 2017
4. Öffentliche Sicherheit und Ordnung  
Tätigkeitsbericht Sicherheits-Service-Kern
5. Betreuung von Flüchtlingen in der Anschlussunterbringung  
Bericht der Flüchtlingsbeauftragten Frau Marianne Metzger
6. Feuerwehr, Aufhebung Sperrvermerk im Haushaltsplan 2018
7. Wahl der Schöffen/innen und der Jugendschöffen/innen für die  
Geschäftsjahre 2019 - 2023  
Aufstellung der Vorschlagslisten
8. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlicher Sitzung
9. Verschiedenes
- 9a. TISCHVORLAGE  
Bauvorhaben Bismarckstraße 58
10. Wünsche, Anregungen, Anträge und Beschwerden aus der Mitte des  
Gemeinderats

Die näheren Erläuterungen ergeben sich aus den folgenden Sitzungsvorlagen.

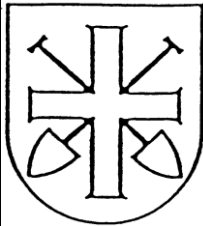
	<p><b>S</b>itzungsvorlage Gemeinderat öffentlich</p>	<p><b>23.04.2018</b> GR - 18/06 022.31 TOP 1.</p>
---	--	---

Titel; Thema **Blutspender-Ehrung**

- / Herr Bürgermeister Eheim begrüßte die zu ehrenden Blutspender/innen sowie den Bereitschaftsleiter des DRK, Herrn Christian Eßwein. In seiner Ansprache, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, wies er auf die Notwendigkeit Blut zu spenden hin und dankte den Blutspendern/innen für ihre Bereitschaft, zum Wohl ihrer Mitmenschen Blut zu spenden.

Der Bereitschaftsleiter des DRK Graben-Neudorf dankte in einer kurzen Ansprache ebenfalls den Blutspendern/innen und stellte fest, dass das medizinische Versorgungssystem dringend auf Blutspenden angewiesen ist und in Graben-Neudorf die nächste Blutspende-Aktion am 04.07.2018 in der Erich-Kästner-Halle stattfindet.

Herr Bürgermeister Eheim nahm zusammen mit Herrn Eßwein die Ehrungen für 10-, 25-, 50- und 100-maliges Blutspenden vor und überreichte die entsprechenden Urkunden und Ehrennadeln.

	<b>S</b> itzungsvorlage Gemeinderat öffentlich	<b>23.04.2018</b> GR - 18/06 022.31 TOP 2.
---	--	---

Titel; Thema **Fragestunde**

**a) Netzausbau Telekom**

Ein Bürger fragte nach dem Sachstand des Ausbaus am Bruhrain nach. Herr Eheim informierte, dass die Bauarbeiten im Gange seien und demnächst eine Glasfaseranbindung über den kommunalen Netzausbau für Bruhrain, Nordindustrie und Kirbsenkopf angeboten werden kann.

**b) Park-and-Ride-Anlage Bahnhof**

Ein Bürger fragte nach, ob es denn nicht vorhersehbar gewesen sei, dass das von der DB gekaufte Grundstück Altlasten enthielt und somit der HH-Nachtrag von 140 TE vermieden hätte werden können. Der Bürgermeister teilte hierzu mit, dass die DB nicht verkauft hätte, wenn der Käufer nicht auch bereit gewesen wäre, evtl. Altlasten zu übernehmen. Grundsätzlich waren die Parkplätze dringend notwendig und wurden im entsprechenden Gremium beschlossen. Ebenso wurde beschlossen, dass die Parkplätze kostenfrei sein sollen.

Der Bürgermeister verwies weiterhin darauf, dass derzeit die „Neue Mitte“ entwickelt wird, die autofrei sein soll. Dadurch seien aber im Umgriff dringend Parkplätze notwendig.

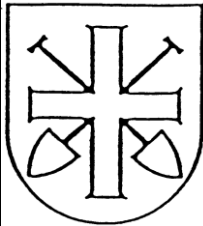
**c) Abfallcontainer im Friedhof**

Ein Bürger wies darauf hin, dass auf dem Friedhof der Abfallcontainer für Kunststoff nicht mehr vorhanden ist. Dadurch würden die Kunststoffabfälle in den falschen Container oder im Gelände landen.

Der Bauamtsleiter teilte hierzu mit, dass am Abfallsystem an sich nichts geändert wurde, lediglich die Containergröße und die Standorte wurden geändert. Er sagte eine Überprüfung zu.

**d) Brunnen an der katholischen Kirche in Neudorf**

Ein Bürger fragte weiterhin nach, warum der Brunnen nicht funktioniert. Der Bürgermeister teilte diesbezüglich mit, dass sich der Brunnen im Eigentum der katholischen Kirchengemeinde befindet. Anfragen hierzu sind an die Kirchengemeinde zu richten.

	<b>S</b> itzungsvorlage Gemeinderat öffentlich	<b>23.04.2018</b> GR - 18/06 065.07-bk TOP 3.
---	--	--

Titel; Thema **Vorstellung der Unfall- und Kriminalstatistik 2017**

**Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:**

Der Leiter des Polizeireviere Philippsburg, Herr Polizeihauptkommissar Oskar Rothenberger und der Leiter des Polizeipostens Graben-Neudorf / Dettenheim, Herr Polizeihauptkommissar Helmut Schmitt stellen die Unfall- und Kriminalstatistik 2017 für die Gemeinde Graben-Neudorf vor.

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

Anlagen:

Beschlussvorschlag:

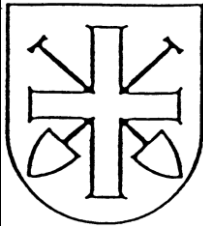
Finanzielle Auswirkungen

- |    | Ja | Nein  |
|----|----|---|
| 1. |    | Gesamtkosten der Maßnahme                         |
| 2. |    | Finanzierung der Maßnahme                         |
|    |    | a) Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge) |
|    |    | b) Sonstige Eigenmittel (Allgem. Deckungsmittel)  |
|    |    | c) Fremdmittel/Kreditbedarf                       |
| 3. |    | Folgekosten                                       |
|    |    | a) einmalig                                       |
|    |    | b) jährlich                                       |
| 4. |    | Veranschlagung bei Haushaltsstelle                |
|    |    | im a) Verwaltungshaushalt 200                     |
|    |    | b) Vermögenshaushalt 200                          |

Umwelt-Einfluss:

Diskussion und Sitzungsverlauf:

Der Bürgermeister dankte den Polizeibeamten für die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit und wies auf die Wichtigkeit der Polizeiarbeit hin.

	<b>S</b> itzungsvorlage Gemeinderat  öffentlich	<b>23.04.2018</b>  GR - 18/06 065.07-cg TOP 4.
---	--	--

Titel; Thema **Öffentliche Sicherheit und Ordnung**  
**Tätigkeitsbericht Sicherheits-Service-Kern**

**Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Geschäftsführerin des Sicherheits-Service-Kern, Frau Gabriele Frank-Kern, gibt einen Tätigkeitsbericht über ihre Arbeit im Gemeindegebiet Graben-Neudorf bzgl. der Bestreifung und Überwachung bestimmter Örtlichkeiten ab.

Ferner stehen von Seiten des Ordnungsamtes die Herren Ulrich Notheis und Christian Blümbott für Fragen im Bereich des ordnungsrechtlichen Handelns zur Verfügung.

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

Anlagen:

Beschlussvorschlag:

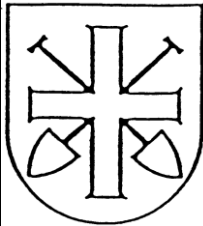
Finanzielle Auswirkungen

- |    | Ja | Nein  |
|----|----|---|
| 1. |    | Gesamtkosten der Maßnahme                         |
| 2. |    | Finanzierung der Maßnahme                         |
|    |    | a) Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge) |
|    |    | b) Sonstige Eigenmittel (Allgem. Deckungsmittel)  |
|    |    | c) Fremdmittel/Kreditbedarf                       |
| 3. |    | Folgekosten                                       |
|    |    | a) einmalig                                       |
|    |    | b) jährlich                                       |
| 4. |    | Veranschlagung bei Haushaltsstelle                |
|    |    | im a) Verwaltungshaushalt 200                     |
|    |    | b) Vermögenshaushalt 200                          |

Umwelt-Einfluss:

Diskussion und Sitzungsverlauf:

Herr Eheim bedankte sich bei Frau Frank-Kern für die gute Zusammenarbeit

	<b>S</b> itzungsvorlage Gemeinderat  öffentlich	<b>23.04.2018</b>  GR - 18/06 426-cg TOP 5.
---	--	---

Titel; Thema **Betreuung von Flüchtlingen in der Anschlussunterbringung  
Bericht der Flüchtlingsbeauftragten Frau Marianne Metzger**

**Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:**

Frau Marianne Metzger, Flüchtlingsbeauftragte der Gemeinde Graben-Neudorf, wird einen Tätigkeitsbericht über ihre Arbeit bei der sozialen Flüchtlingsbetreuung in der Anschlussunterbringung geben.

Um Kenntnisnahme wird gebeten.

Anlagen:

Beschlussvorschlag:

Finanzielle Auswirkungen

- |    | Ja | Nein  |
|----|----|---|
| 1. |    | Gesamtkosten der Maßnahme                         |
| 2. |    | Finanzierung der Maßnahme                         |
|    |    | a) Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge) |
|    |    | b) Sonstige Eigenmittel (Allgem. Deckungsmittel)  |
|    |    | c) Fremdmittel/Kreditbedarf                       |
| 3. |    | Folgekosten                                       |
|    |    | a) einmalig                                       |
|    |    | b) jährlich                                       |
| 4. |    | Veranschlagung bei Haushaltsstelle                |
|    |    | im a) Verwaltungshaushalt 200                     |
|    |    | b) Vermögenshaushalt 200                          |

Umwelt-Einfluss:

Diskussion und Sitzungsverlauf:

Herr Eheim bedankte sich bei Frau Metzger für ihre Arbeit.

	<b>S</b> itzungsvorlage Gemeinderat öffentlich	<b>23.04.2018</b> GR - 18/06 902.41-mg TOP 6.
---	--	--

Titel; Thema **Feuerwehr, Aufhebung Sperrvermerk im Haushaltsplan 2018**

**Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:**

Bei der Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2018 wurden im Vermögenshaushalt bei der Haushaltsstelle

2.1310.935200-002 – Feuerwehr, Jahresansätze Ausstattung

folgender Teilbetrag mit einem **Sperrvermerk** versehen:

**Küche Feuerwehrhaus Neudorf, 23.000 €**

Der Gemeinderat sprach sich bei den Haushaltsberatungen 2018 dafür aus, einen Sperrvermerk anzubringen und mit der Feuerwehr Art und Umfang der Einbauküche zu klären.

Hierzu wurden nun zwei Angebote eingeholt.

Herr Blank wird bei der Sitzung für Fragen und Erläuterungen anwesend sein.

Anlagen:

Zwei Angebote über Küchen (nur im RIS)

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beschließt die Aufhebung des o.g. Sperrvermerkes unter der Haushaltsstelle 2.2111.935700-002 über 23.000 €.

Finanzielle Auswirkungen

- |    | Ja | Nein  |
|----|----|---|
| 1. |    | Gesamtkosten der Maßnahme                         |
| 2. |    | Finanzierung der Maßnahme                         |
|    |    | a) Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge) |
|    |    | b) Sonstige Eigenmittel (Allgem. Deckungsmittel)  |
|    |    | c) Fremdmittel/Kreditbedarf                       |
| 3. |    | Folgekosten                                       |
|    |    | a) einmalig                                       |
|    |    | b) jährlich                                       |
| 4. |    | Veranschlagung bei Haushaltsstelle                |
|    |    | im a) Verwaltungshaushalt 200                     |
|    |    | b) Vermögenshaushalt 200                          |

Umwelt-Einfluss:

Diskussion und Sitzungsverlauf:

Der Gemeinderat beschloss einstimmig, die Aufhebung des Sperrvermerks unter der Haushaltsstelle 2.2111.935700-002 über 23.000 Euro.

Abstimmungsergebnis:

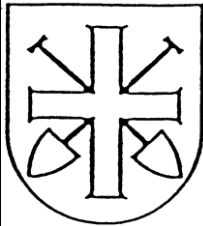
**Einstimmig**    Ja-Stimmen \_\_;    Nein-Stimmen \_\_;    Enthaltungen \_\_;

Befangenheit:

An der Beratung und Beschlussfassung haben keine Mitglieder des Gemeinderates mitgewirkt, die gem. § 18 GemO als befangen gelten. Oder:

Wegen Befangenheit haben nicht mitgewirkt:



	<h1 style="margin: 0;">S</h1> <h2 style="margin: 0;">itzungsvorlage</h2> <p style="margin: 0;"><b>Gemeinderat</b></p> <p style="margin: 0;"><b>öffentlich</b></p>	<p style="margin: 0;"><b>23.04.2018</b></p> <p style="margin: 0;">GR - 18/06</p> <p style="margin: 0;">082.42-schl/bk</p> <p style="margin: 0;">TOP 7.</p>
---	---	--

Titel; Thema **Wahl der Schöffen/innen und der Jugendschöffen/innen für die Geschäftsjahre 2019 - 2023**  
**Aufstellung der Vorschlagslisten**

**Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:**

Die Amtszeit der Schöffen/innen und der Jugendschöffen/innen endet am 31.12.2018. Für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023 sind für den Landgerichtsbezirk Karlsruhe neue Schöffen/innen und Jugendschöffen/innen zu wählen. Die Gemeinde hat eine Vorschlagsliste für die Wahl der Schöffen/innen zu erstellen. Die Vorschlagslisten für Jugendschöffen/innen werden nach § 35 Jugendgerichtsgesetz vom Jugendhilfeausschuss aufgestellt und eingereicht. Die Gemeinde hat dem Jugendhilfeausschuss Kandidaten/innen zur Aufnahme in die Vorschlagsliste zu übersenden.

Das Amt eines/r Schöffen/in bzw. eines/r Jugendschöffen/in ist ein Ehrenamt, das von Bewerbern nur übernommen werden kann, sofern die Voraussetzungen der §§ 31–34 Gerichtsverfassungsgesetz erfüllt sind. Die Vorschlagslisten sollen alle Gruppen der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Beruf und sozialer Stellung angemessen berücksichtigen.

Auf die Neuwahl der Schöffen/innen und Jugendschöffen/innen wurde im Mitteilungsblatt der Gemeinde am 15.02.2018 und 01.03.2018 sowie auf der Homepage hingewiesen und interessierte Personen gebeten, sich um die Aufnahme in die Vorschlagslisten zu bewerben. Des Weiteren wurden die Fraktionen des Gemeinderats gebeten, geeignete Bewerber zu benennen.

Für die Aufnahme in die Vorschlagsliste der Schöffen/innen gingen folgende Bewerbungen ein:

<b>Schöffen</b>					
	Name	Vorname	Alter	Anschrift	Beruf
1	Blümbott	Christian	38	Bahnhofsring 27	Verwaltungsfachangestellter
2	Bogner geb. Heilig	Birgit	52	Parkstr. 7	Bankkauffrau
3	Brecht	Elisabeth	52	Parkstr. 16	Sekretärin in der Verwaltung
4	Brecht	Hannelore	55	Tulpenweg 9	Verwaltungsbeamtin gehobener Verwaltungsdienst
5	Fröhlich geb. Zimmermann	Eva	48	Wagnerstr. 8	Hebamme
6	Hardung	Mario	50	Gartenstr. 15	Nachrichtentechniker

7	Haupt geb. Weschenfelder	Ulrike	65	Kraichgaustr. 18	Kriminalbeamtin i.R.
8	Kemm geb. Brecht	Cornelia	56	Mingolsheimer Weg 6	Hausfrau
9	Kirstein geb. Heilig	Christa	62	Lauerstr. 8	Personalsachbearbeiterin bei der Lebenshilfe Bruchsal
10	Knoth	Eva-Maria	36	Gartenstr. 49	Sozialversicherungsangestellte
11	Koopmann	Andreas	32	Amalienstr. 22B	Vertriebsmitarbeiter
12	Krauss	Silvia	55	Schwarzwaldstr. 6	Industriekauffrau
13	Landkammer geb. Kölmel	Marianne	67	Kantstr. 12	Lehrerin GHWRS i.R.
14	Dr. Leinweber	Stephan	67	Orffweg 1	Rentner, Dipl.Theol., Dipl.Päd.
15	Mahl geb. Freudenberger	Kornelia	49	Karlstr. 7	Standesbeamtin
16	Masak	Nadine	32	Uhlandstr. 27	Beamtin geh. nichttechnischer Verwaltungsdienst
17	Mayer geb. Knobloch	Sabine	44	Albert-Schweitzer- Str. 27	Fußpflegerin
18	Röhl geb. Hasselwander	Anja	48	Karlsruher Str. 114	Hauswirtschaftsmeisterin
19	Schindler-Pollak geb. Pollak	Rafaela Ramona	33	Moltkestr. 32b	Angestellte, Consultant
20	Steiger geb. Plötz	Brigitte	55	Ettlinger Str. 10	Sozialversicherungs- fachangestellte
21	Stelzer	Andreas	47	Kirchenstr. 45	Lehrer
22	Wanner	Ralf	59	Huttenheimer Str. 8	Teamleiter/Maschinenschlosser
23	Wilhelm	Klaus	64	Wiesenstr. 9	Beamter/Betriebsprüfer
24	Zimmermann	Frank	41	Pforzheimer Str. 1	Realschullehrer

<b>Jugendschöffen</b>					
	<b>Name</b>	<b>Vorname</b>	<b>Alter</b>	<b>Anschrift</b>	<b>Beruf</b>
1	Blümle	Dorothea Christiane Sibylle	67	Karlstr. 4	selbständige Kauffrau
2	Brake-Zinecker geb. Brake	Ingeborg	61	Tullastr. 4	Dipl. Sozialarbeiterin
3	Brecht	Elisabeth	52	Parkstr. 16	Sekretärin in der Verwaltung
4	Fitterer-Metzger geb. Fitterer	Hella Erika	50	Bismarckstr. 51	Schulsozialarbeiterin
5	Landkammer geb. Kölmel	Marianne	67	Kantstr. 12	Lehrerin GHWRS i.R.
6	Schmidt geb. Reinschmidt	Ramona	59	Grabenstr. 12	Fachkrankenschwester
7	Blümle	Bernhard Georg	68	Ulmenstr. 8	Rentner Logistik-Direktor
8	Koopmann	Andreas	32	Amalienstr. 22B	Vertriebsmitarbeiter
9	Lindermann	Gordon	34	Kapellenstr. 82	Angestellter

10	Petermann	Rudolf Josef	60	Karlstr. 2	Techn. Lehrer, Holztechn., Schreinermeister Orgel-/Harmoniumbauer
11	Stelzer	Andreas	47	Kirchenstr. 45	Lehrer
12	Wilhelm	Klaus	64	Wiesenstr. 9	Beamter/Betriebsprüfer

Die Gemeinde hat für die Wahl der Schöffen/innen mindestens 12 Personen in die Vorschlagsliste aufzunehmen und dem Landratsamt Karlsruhe – Jugendhilfeausschuss – bis spätestens 30.04.2018 ebenfalls 12 Personen – jeweils 6 Frauen und 6 Männer – zur Aufnahme in die Vorschlagsliste des Jugendhilfeausschusses zu benennen.

Der Gemeinderat entscheidet in öffentlicher Sitzung über die Aufstellung der Vorschlagslisten und trifft für die Aufnahme in die Liste eine individuelle Auswahl, die Gewähr für die Heranziehung erfahrener und urteilsfähiger Personen als Schöffen bietet. Die vorgenannten Bewerber/innen haben sich schriftlich um ein entsprechendes Schöffenamt beworben und sind mit einer Aufnahme in die jeweilige Vorschlagsliste einverstanden. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Übernahme des Schöffenamts sind bei den Bewerbern/innen erfüllt. Für die Aufnahme einer Person in die Vorschlagsliste ist die Zustimmung von 2/3 der anwesenden Mitglieder des Gemeinderats mindestens jedoch der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Gemeinderatsmitglieder erforderlich. Mitglieder des Gemeinderats, die selbst für die Aufnahme in die Vorschlagsliste vorgesehen sind, können an der Abstimmung der Liste teilnehmen. Eine Befangenheit ist nicht gegeben, da sich aus dem Schöffenamt kein unmittelbarer Vorteil ergibt. Über die jeweiligen Vorschlagslisten kann en Block abgestimmt werden.

Der Verwaltungsausschuss hat in der nicht öffentlichen Sitzung am 26.03.2018 über die Aufstellung der Vorschlagslisten beraten und die eingegangenen Bewerbungen geprüft. Der Verwaltungsausschuss schlägt vor, die in der Sitzungsvorlage genannten Damen und Herren in die jeweiligen Vorschlagslisten aufzunehmen und die Listen en Block getrennt nach Schöffen und Jugendschöffen abzustimmen.

Anlagen:

Beschlussvorschlag:

Es wird vorgeschlagen, o.g. Personen in die Vorschlagslisten der Gemeinde zur Wahl der Schöffen/innen bzw. zur Aufnahme in die Vorschlagsliste des Jugendhilfeausschusses zu übernehmen und die Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffen/innen nach vorheriger Bekanntmachung im Mitteilungsblatt entsprechend den gesetzlichen Vorgaben auszulegen.

Finanzielle Auswirkungen

- |    | Ja | Nein  |
|----|----|---|
| 1. |    | Gesamtkosten der Maßnahme                         |
| 2. |    | Finanzierung der Maßnahme                         |
|    |    | a) Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge) |
|    |    | b) Sonstige Eigenmittel (Allgem. Deckungsmittel)  |
|    |    | c) Fremdmittel/Kreditbedarf                       |
| 3. |    | Folgekosten                                       |
|    |    | a) einmalig                                       |
|    |    | b) jährlich                                       |
| 4. |    | Veranschlagung bei Haushaltsstelle                |
|    |    | im a) Verwaltungshaushalt 200                     |

b) Vermögenshaushalt 200  
Umwelt-Einfluss:

Diskussion und Sitzungsverlauf:

Der Gemeinderat stimmte dem Beschlussvorschlag der Verwaltung ohne weitere  
Aussprache zu.

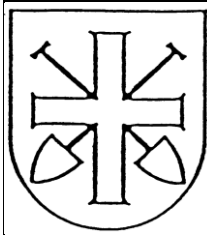
Abstimmungsergebnis:

Einstimmig    Ja-Stimmen \_\_ ;    Nein-Stimmen \_\_;    Enthaltungen \_\_;

Befangenheit:

An der Beratung und Beschlussfassung haben keine Mitglieder des Gemeinderates mitgewirkt, die gem. § 18 GemO als  
befangen gelten. Oder:

Wegen Befangenheit haben nicht mitgewirkt: Frau Schmidt



# **S**itzungsvorlage

Gemeinderat

öffentlich

**23.04.2018**

GR - 18/06

022.31

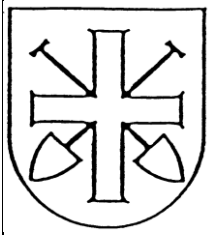
TOP 8.

Titel; Thema **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nicht öffentlicher Sitzung**

Der Bürgermeister gab gem. § 35 GemO folgenden, in der nicht öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 09.04.2018 gefassten Beschluss bekannt:

**Städtebauliche Sanierungsmaßnahme Graben/Moltkestraße  
Zuschussantrag Karlsruher Str. 24, Lgb.-Nr. 7**

Der Gemeinderat stimmte dem Zuschussantrag der Eigentümer zu.



# **S**itzungsvorlage

Gemeinderat

öffentlich

**23.04.2018**

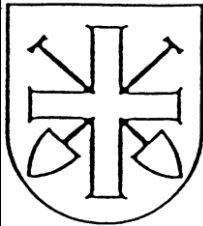
GR - 18/06

022.31

TOP 9.

Titel; Thema **Verschiedenes**

Keine Punkte.

	<b>T</b> ischvorlage Gemeinderat öffentlich	<b>23.04.2018</b> GR - 18/06 632.6-ad/mm TOP 9.
---	---	--

Titel; Thema **23.04.2018 Beschlussprotokoll Gemeinderat (öffentlich)**

**Sachverhalt und Stellungnahme der Verwaltung:**

Am 22. Januar 2018 hat der Technische Ausschuss das kommunale Einvernehmen nach § 36 BauGB in Verbindung mit § 34 BauGB zu vorgenanntem Bauvorhaben in der Bismarckstraße 58 mit der Begründung versagt, das Vorhaben wäre mit einer geplanten Firsthöhe von 10,98 m zu hoch.

Auf die in der Anlage befindliche Sitzungsvorlage Protokoll wird verwiesen.

Mit Datum vom 27.03.2018 hat das Landratsamt Karlsruhe mitgeteilt, dass das gemeindliche Einvernehmen rechtswidrig versagt wurde. Im Rahmen der Ersatzvornahme nach § 54 Abs. 4 LBO ist die Gemeinde vor Erteilung der Genehmigung durch die Baurechtsbehörde zu hören.

Zur Begründung der Ansicht des Landratsamtes, welche von der Verwaltung nach wie vor geteilt wird, verweisen wir sowohl auf die Sitzungsvorlage vom 22.1.2018 wie auf das vorgenannte Schreiben des Landratsamtes.

Der Gemeinde ist nach § 54 LBO angemessene Frist einzuräumen, erneut über das gemeindliche Einvernehmen zu entscheiden.

**Hinweis:**

Wie in der Sitzungsvorlage ausgeführt, handelt es sich beim Bauvorhaben um die Errichtung eines Wohnhauses mit vier Wohneinheiten und zwei Vollgeschossen.

Anlagen:

Protokoll Auszug Sitzung des technischen Ausschusses vom 22. Januar 2018, TOP3  
Schreiben des Landratsamt Karlsruhe vom 27.3.2018

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung empfiehlt, dem Bauvorhaben zuzustimmen und an der Versagung des kommunalen Einvernehmens nicht festzuhalten.

Finanzielle Auswirkungen

- |    | Ja  | Nein |
|----|---|------|
| 1. | Gesamtkosten der Maßnahme                         |      |
| 2. | Finanzierung der Maßnahme                         |      |
|    | a) Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge) |      |
|    | b) Sonstige Eigenmittel (Allgem. Deckungsmittel)  |      |
|    | c) Fremdmittel/Kreditbedarf                       |      |
| 3. | Folgekosten                                       |      |
|    | a) einmalig                                       |      |

- b) jährlich  
4. Veranschlagung bei Haushaltsstelle  
Umwelt-Einfluss:

Diskussion und Sitzungsverlauf:

Der Gemeinderat stimmte dem Bauvorhaben mehrheitlich zu und beschloss nicht mehr an der Versagung des kommunalen Einvernehmens festzuhalten.

Abstimmungsergebnis:

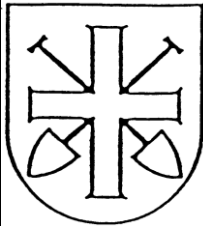
Ja-Stimmen \_9\_ ; Nein-Stimmen 1\_\_ ; Enthaltungen \_4\_;

Befangenheit:

An der Beratung und Beschlussfassung haben keine Mitglieder des Gemeinderates mitgewirkt, die gem. § 18 GemO als befangen gelten. Oder:

Wegen Befangenheit haben nicht mitgewirkt: Herr Frick, Herr Decker, Herr Hartmann



	<b>S</b> itzungsvorlage Gemeinderat öffentlich	<b>23.04.2018</b> GR - 18/06 022.31- N 10.
---	--	---

Titel; Thema **Wünsche, Anregungen, Anträge und Beschwerden aus der Mitte des Gemeinderats**

**a) Veröffentlichung von Änderungen bei den Öffnungszeiten der Grünschnittplätze sowie der Änderung der Container auf dem Friedhof**

Ein Gemeinderat monierte, dass in beiden Angelegenheiten die Bürger nicht ausreichend informiert wurden.

Der Bauamtsleiter sagte zu, dies erneut vorzunehmen.

**b) Einfahrt Huttenheimer Landstraße**

Der Gemeinderat forderte, dass die provisorische Einfahrt in der Huttenheimer Landstraße zurückgebaut werden sollte, da die Verkehrslage aufgrund überhöhter Geschwindigkeiten zu gefährlich ist.

Der Bauamtsleiter teilte hierzu mit, dass die Situation bei der Verkehrsschau geprüft wird.

**c) Fahrradkonzept**

Ein Gemeinderat erinnerte an die Erarbeitung des Fahrradkonzeptes mit der Bürgerbeteiligung, da auch die vorgestellte Unfallstatistik zeigt, dass dies dringend notwendig ist. Außerdem fragte er nach dem Stand des Aufbaus der Fahrradboxen auf dem Park-and-Ride-Platz.

Herr Eheim teilte diesbezüglich mit, dass beschlossen wurde, dass zunächst der Parkplatz gebaut wird und danach die Fahrradboxen und die E-Lade-Säule errichtet wird. Derzeit ist ein Gesamtkonzept zur E-Mobilität in Arbeit. Der Bauamtsleiter ergänzte hierzu, dass die Bürgerbeteiligung vor der Sommerpause und die Einarbeitung in den Haushalt nach der Sommerpause erfolgen soll.

Ein weiterer Gemeinderat regte in diesem Zusammenhang an, die in der Unfallstatistik angesprochenen Fahrradunfälle genauer zu analysieren.

**d) To-do-Liste aus den Haushaltsberatungen**

Ein Gemeinderat bat um Aktualisierung der in der Haushaltsberatung erstellten To-do-Liste durch das Hauptamt. Herr Eheim sagte ein Update bis zur Sommerpause zu.